

Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 42 (1966-1967)
Heft: 9

Artikel: Blick auf die Schweiz
Autor: Reck, Oskar
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1079684>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

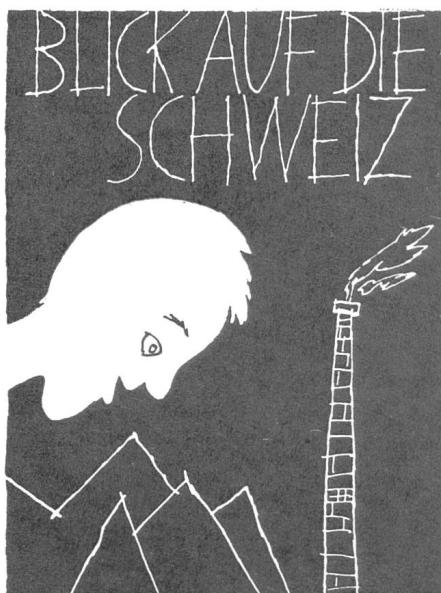
Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Politische Krise im Wohlfahrtsstaat

Der helvetische Mißmut sucht und findet seinen Ausdruck. In Wahlsiegen von Außenseitergruppen und in der schwer begreiflichen Verwerfung von sachlich gerechtfertigten Gesetzesvorlagen ist ein gemeinsamer Zug zu entdecken: die kantonale und örtliche Reaktion auf bundespolitische Erscheinungen und Maßnahmen.

Man weicht mit der Bekundung seiner Unzufriedenheit auf Urnengänge in Ständen und Gemeinden aus, weil die auf eidgenössischer Ebene getroffenen Entscheide über Preiserhöhungen und weil auch andere Dinge, die aus diesen oder jenen Gründen Ärgernis bewirken, dem Veto des Bürgers entzogen sind. Der Hinweis, daß mit einem solchen Verfahren zumeist am falschen Objekt demonstriert werde, verfängt immer weniger. Das Bemühen um den sachlich richtigen Entscheid tritt deutlich hinter die unwirsche Absicht zurück, Opposition zu manifestieren. Die Ob rigkeiten sollen zu spüren bekommen, daß man «dagegen» ist. Dazu braucht es kein Programm; dazu braucht es



auch keine stichhaltigen Gründe; denn das «Nein» und das Votum zugunsten irgend einer antigouvernementalen Gruppe müssen ja an der Urne nicht motiviert werden. Natürlich sind weder in Zürich und Genf noch im Aargau die für viele erstaunlichen Resultate allein aus dieser Grundstimmung zu erklären; aber diese wirkte mit.

Was wir vor uns haben, ist das politische Krisenbild des Wohlstandsstaates. In ihrem gegenwärtigen Zustand besteht unsere Demokratie aus lauter parteipolitischen und wirtschaftlichen Minderheiten, die in einem kaum mehr übersehbaren Geflecht wechselseitiger Abhängigkeiten leben. Von einer Regierungspolitik ist

unter dem Regime des Proporz so wenig die Rede wie von einem Kräfthemessen scharf konturierter Gruppen in den Räten. Die Ausmittlung, oft genug schon in den vorparlamentarischen Expertengruppen besorgt, beherrscht das Feld, auf dem der Spielraum sich ständig verengt. Der Eindruck, daß unter dem «Zwang der Verhältnisse» die freien Entscheide immer häufiger von künstlichen abgelöst werden, weil aus sachlichen und zeitlichen Gründen die wirklichen Alternativen fehlen, ist keineswegs unberechtigt.

Daraus nährt sich das fatale Gefühl, in einem hochentwickelten demokratischen Apparat zu leben und dennoch dem Lauf der Dinge ausgeliefert zu sein. Daß in dieser Lage sich viele vom öffentlichen Leben abwenden und manche ins beharrliche Nein und zu den just verfügbaren Oppositionsgruppen ausweichen, erscheint verständlich. Beide Reaktionen indessen bezeichnen einen staatsbürgerlichen Zerfall, der nicht mehr mit dem Hinweis verwedelt werden darf, in den ländlichen Regionen des Landes gebe es noch immer stabile und intakte Verhältnisse. Entscheidend nämlich ist die Bundespolitik, und ihre Reflexe auf die wichtigen Industrieregionen haben eine für die Gesamtheit überragende Bedeutung.

Die beschwichtigende Meinung, politische Ereignisse wie die hier zitierten seien zwar als Einzelfälle ernst zu nehmen, aber noch lange nicht für das Ganze bezeichnend, dürfte bald genug dementiert werden. Das Unbehagen im Staate, das längst auch in Gebieten zu spüren ist, in denen es noch keinen öffentlichen Ausdruck fand, wird ohne Erneuerungswillen in der eidgenössischen Politik nicht dahinschwinden. Wenn die Regierungsparteien außerstande sind, ein gemeinschaftliches Programm zu formulieren und politisch durchzukämpfen, müssen sie sich trennen; und wenn man in Bern nicht willens ist, die Staatsreform voranzutreiben, werden außerparteiliche Kräfte die Initiative ergreifen müssen.



INTERNATIONALE MUSIKFESTWOCHE LUZERN

16. August — 7. September 1967

Schweizerisches Festspielorchester
Cleveland Symphony Orchestra
Orchestre National de l'ORTF, Paris
Koeckert-Quartett, München
Collegium Musicum, Zürich
Festival Strings Lucerne
Ambrosian Singers, London
Luzerner Festwochenchor

Schauspiel im Stadttheater
Kunstausstellungen

Auskünfte und Programme: Internationale Musikfestwochen Luzern